

Gesamtschule ...

Fortsetzung von Seite 6

Gelegenheit zum Ausdruck bringt, daß die Gesamtschule für sie die einzige Schule der Zukunft ist". Die SPD solle die Gesamtschule „unter den Versuchsvorbehalt“ stellen; dann könne man über diese Schulform „wirklich offen sprechen“. Wenn dieser Versuchsvorbehalt entfallt, könne er, so Beckel, nur noch fragen: „Was soll dann noch ein Schulversuch?“ Bleibe die SPD bei diesem Verhalten, „werden wir das herkömmliche Schulwesen nicht zugunsten der Gesamtschulen ersatzlos zu streichen bereit sein. Da sagen wir Ihnen bereits heute die volle Konfrontation an.“

Jürgen Büssow (SPD) wies die Kritik der CDU mit dem Hinweis zurück, es würden immer Fragen offenbleiben, „wenn diese nur schlaumeierisch genug gestellt sind und damit die Entwicklung der integrierten Gesamtschule zur Regelschule verzögert werden kann“. Auch in der bildungspolitischen Debatte bleibe die CDU „die Partei der Neinsager, Anhalter und Bremser“. Die SPD habe sich auf ihrem letzten Bundesparteitag in Dortmund für die Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule in der Bundesrepublik ausgesprochen. „Wir sind der Überzeugung, daß dem Bildungsanspruch des einzelnen Kindes die Gesamtschule besser gerecht werden kann als das überkommene dreigliedrige Bildungssystem.“

Dr. Heinrich Pohlmeier (CDU) forderte den Kultusminister auf, „zunächst einmal ein klares Wort der Distanzierung von allen progressistischen, emanzipatorischen, neomarxistischen und systemüberwindenden Zielsetzungen der Gesamtschule zu sprechen“. Ein solches Wort habe der Minister bis heute noch nicht gesagt. Die CDU sei bereit, die Gesamtschule als „eine pädagogische Versuchsanordnung zu akzeptieren, deren Bild allerdings derzeit noch außerordentlich diffus sei“.

Manfred Dammeyer (SPD) lobte die Antworten der Landesregierung auf die Großen Anfragen der Landtagsfraktionen. Die „Ehrlichkeit der Antworten“ unterstreiche, „mit welcher Sorgfalt von der Regierung die mit der Einrichtung einer solchen neuen Schulform und eines neuen Schulsystems verbundenen Schwierigkeiten gesehen werden“. Schon jetzt könne man sagen, daß mit den gleichen Aufwendungen wie für das herkömmliche Bildungssystem eine Schulform geschaffen worden sei, „die bessere, mindestens gleichartige Ergebnisse zeigt, als die herkömmlichen Schulformen“.

Positive Ergebnisse

Der Bericht „Positive Ergebnisse des NRW-Anschlußprogramms — Deutlicher Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit“, („Landtag intern“, Nr. 7, vom 4. 3., Seite 6) enthielt einen Druckfehler. Die für die Eingliederung von 10 000 arbeitslosen Jugendlichen von der Landesregierung bereitgestellte Summe betrug für jeden eingegliederten Jugendlichen durchschnittlich 2833 DM und nicht, wie irrtümlich gedruckt worden war, 2,833 DM.

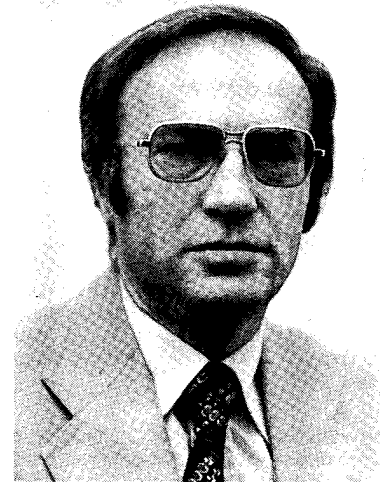
Porträt der Woche

Bis Günther Einert im Westfälischen seßhaft wurde, „hat es lange gedauert“. Kein Wunder, stehen sich doch Schlesier, deren einer Einert ist, und Westfalen nicht in der Ansicht nach, daß man Wurzeln nur einmal schlage und deshalb der Pflanzplatz sorgfältig gewählt sein müsse. Klischee hin, Klischee her: Einert, Jahrgang 1930, setzte sich im sauerländischen Iserlohn fest. Heute verraten nur noch Sprachrhythmus und ein typisches Roll-R, daß er eine im Strom der Kriegs- und Nachkriegszeit umgepflanzte Eiche ist — inzwischen eine westfälische ohne Zweifel. Holz — um beim Bild zu bleiben — ist freilich nicht seine Sache. Eher Metall, das Einert als Schlosser zu bearbeiten lernte. Das führte ihn prompt in die Gewerkschaftsbewegung. Und folgerichtig ergab sich daraus schließlich ein Engagement in Sachen Arbeitnehmerfragen, das Einert zum Iserlohner DGB-Geschäftsführer machte.

Der Gewerkschafter Einert hat diese Karriere so gewollt, wie er sie bisher durchlaufen hat — in einer spröden Weise, die Pflichterfüllung mit unterkühlter Beiläufigkeit tarnt — Ehrgeiz mit stillem Selbstbewußtsein. Aber weltläufig sind die umgepflanzten schlesisch-westfälischen Eichen auch. In den USA war Einert, hat dort ein Jahr studiert, bevor er hierzulande zum Volkswirt graduierte. Und zu kommunalen Ehren auf westfälischer Erde kommen Sozialdemokraten wie Einert allemal: Von 1964 bis 1974 war er Oberbürgermeister von Iserlohn, bevor die kommunale Neuordnung die Wahlwürfel anders fallen ließ.

Dem Landtag gehört der nüchterne Iserlohner seit mehr als zehn, der SPD seit 26 Jahren an. Die Partei, die für den engagierten Sozial- und Kommunalpolitiker zunächst ein Vehikel zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen war, mochte ihrerseits auch nicht auf die stille, unverdrossene Hartnäckigkeit verzichten, die Einert auszeichnet.

Der Politiker, der zu seinen Steckenpferden „Juristerei“ — ein



Günther Einert (SPD)

paar Jahre war er auch DGB-Rechtsschutzsekretär — zählt, ist, wie man so sagt, ein „strammer Sozialdemokrat“. Er nimmt nicht übel, daß ihn sein eigener Unterbezirk vom Amt des Arnberger Regierungspräsidenten fernzuhalten trachtete, für das er zeitweise im Gespräch war. Disziplin gehört zu den Tugenden eines altgedienten SPD-Mitglieds.

Seit Anfang des Jahres leitet Einert den kommunalpolitischen Ausschuß des Landtags, der in Sachen „Funktionalreform“ federführend ist. Dabei geht es wie schon in der Gebietsneuordnung darum, einen möglichst breiten Konsens aller Beteiligten herzustellen. Einert: „Keine schwarzen, roten oder gelbblauen Vorzeichen.“ Zusammenarbeit statt Konfrontation. Was natürlich entgegen dem Spottwort „Einert von vielen“ nicht bedeute, daß die politischen Unterschiede nicht doch „scharf und hart“ zu diskutieren seien; Nivellierungen soll es nicht geben.

Der Mann aus Iserlohn, Vater von drei Kindern, der sich gern in Saloppes kleidet, ist nicht von Pappe. Das „schlichte Mitglied“ im Sportausschuß des Landtags liebt den Skilauf und das Kegeln sehr. Und im Sommer macht Einert sein Segelboot flott, auf dem nahen Sarpesee, in Holland oder anderswo. Und wenn Einert die Segel streicht, dann nicht aus Resignation, sondern eher deshalb, damit sie besser aussehen.

Bernd Kleffner